

24. VI. 1915

Frankfurter Zeitung

Zeitung

Ausgabe

Geschäftsstunden: Redaktion von 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends, Anzeigenteil und Expedition 8-12 Uhr vorm. und 3-7 Uhr nachm., Druckerlei 8-1 Uhr und 3-6 1/2 Uhr.

1915 - Nr. 600

Bezugspreis in Köln 7 A. In Deutschland 9 A. vierteljährlich.

Anzeigen 50 A die Zeile oder deren Raum. Reklamen 2.50 A.

Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder für bestimmte bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen.

Haupt-Expedition: Breits Straße 64. - Postscheck-Konto 250.

Haupt-Agenturen: Krefeld J.P. Houben, Lennep Ad. Mann, Mainz Mainz Verlagsgesellschaft, Mannheim D. Frenz, Mülheim (Rh.) H. Kleiser, Mülheim (Ruhr) H. Baedekers, Buchholz M. Gladbach B. Schellmann, Neufeld H. Garenfeld, Neuwied W. Bierbrauer, Remscheid C. A. Kochenrath, Rheindt O. Berger, Ruhrort Andrae & Co. Saarbrücken 3 C. Schäfer, Sulzbachstr. 15, Siegburg W. Brinck, Markt 16, Solingen Ed. Elven, Wiesbaden H. Gieß. - Sonst. Vertret. in Deutschland: in allen größ. Städten: Haasenstein & Vogler, Rud. Mosse, Daube & Co. G. m. b. H. Invalidendank, Breme: Herrn. Wülker, Wilt. Scheller.

Englische Nahrungssorgen.

Grundsätzliches zur Frage Menschlichkeit und Aushungerung.

Herr Dr. Hermann Levy schreibt uns: „In der Nordsee durch Unterseeboote die Wiedergeburt der deutschen Regierung für die genannte britische Aushungerungs-Politik soll, und da die Aushungerungspolitik an unterwerflicher Unerfolgreich ist, so kann die deutsche Regierung, wenn sie will, wieder zur Zivilisation zurückzukehren.“ So lesen wir in der bekannten englischen Fachzeitschrift Economist vom 12. Juni 1915. Bemerkung ist überaus bedeutungsvoll nicht nur als Bezeugung englischer Schwäche, sondern als Bestätigung deutscher Stärke. Schon seit einiger Zeit mehren sich die Anzeichen dafür, man in Großbritannien die Bedrohung durch den Unterseebootkrieg erkennt. So soll neuerdings ein großer landwirtschaftlicher Kongress ernannt werden, der noch lange über diesen Krieg hinaus und durch eine Organisation umfangreicher Art die englische Landwirtschaft in höherem Maße zur Sicherung des eigenen Broteidesbedarfes heranziehen soll. Hieraus geht deutlich hervor, England nicht mehr von seiner weltbeherrschenden Stellung See überzeugt ist. Die Bemerkung des Economist aber zeigt, man in England vielleicht schon heute ganz gern den Mantel Vergessenheit über den mißglückten englischen Aushungerungskrieg werfen möchte, wenn man sich dadurch einer Fortsetzung Unterseebootkrieges entziehen könnte, dessen Wirkungen auf englische Wirtschaftsleben und damit auf die englische Finanzlage sich immer stärker fühlbar machen. Man möchte von enger Seite es gewissermaßen so hinstellen, als ob durch das Mißlingen des englischen Aushungerungsplanes die Erbitterung des britischen Volkes gegen diesen selbst gar nicht mehr so berechtigt wie zuvor. Aus diesem Gedankengang heraus glaubt also der Economist, an die deutsche Regierung das Ansuchen stellen zu können, den Unterseebootkrieg abzubrechen. Die genannten Gedankengänge des englischen Blattes sind genetisch, die Frage der Beziehungen dieses Weltkrieges zum Nahrungsmittelproblem in ein falsches Licht zu rücken. Denn die deutsche Bevölkerung hat in diesem Kriege erfahren müssen, daß es zwischen den Worten Verhungern und Hungern noch einen weiten Spielraum gibt. Die deutsche Bevölkerung hat, weil sie durch englische Heimtücke und Ungeheuerlichkeit von der Weizenimport und der Einfuhr ausländischer Futtermittel abgeschnitten wurde, sich zu Opfern in der Ernährungsweise entschließen müssen, die in der Geschichte der modernen Volkswirtschaft einzig dastehen. Nur dieser außerordentlichen Opferwilligkeit, die ihresgleichen vielleicht überhaupt nur in den großen völkischen Taten der Befreiungskriege findet, und der glänzenden Organisation unserer Brotgetreideversorgung im Kriege, die ein Resultat des Zusammenarbeitens privater und verwaltungsmäßiger Initiative gewesen ist, verdanken wir es, daß wir vom ersten Kriegeserntejahr sorglos in das zweite übergehen können. Gewiß hat die Brotration von zunächst 225 Gramm Mehl, dann sogar von nur 200 Gramm pro Kopf und Tag das deutsche Volk vor der Aushungerung gerettet. Aber das deutsche Volk wird noch in kommenden Jahrzehnten nicht vergessen können, welche Opfer der Entfugung, besonders in den unteren Klassen, diese Herabsetzung der Brotration mit sich gebracht hat.

Wenn heute das deutsche Volk mit unerschütterlichem Interesse, mit einer geradezu erstaunlichen Wachsamkeit das Jenseits der deutschen U-Boote gegen England verfolgt, so geht es deshalb, weil das deutsche Volk durch Englands Schuld eigenen Leide erfahren mußte, was Nahrungssorgen bedeuten. Es wird nicht vergessen werden, daß der Unterseebootkrieg in der heutigen Form lediglich als Wiedervergeltung gegenüber dem Land seinen Ausgangspunkt genommen hat. Nach wie vor gilt Standpunkt, den auch England bis zum Ausbruch des jetzigen Krieges stets mit Nachdruck vertreten hat, daß die Behinderung der Nahrungsmittelzufuhr für die Zivilbevölkerung ein Unrecht sei. Der Durchbruch dieses Grundsatzes hat Großbritannien die internationale Welt vor ein bisher unerhörtes Novum gestellt! Das deutsche Volk aber richtet seine Anklage in dieser Hinsicht und hieraus sich ergebende Berechtigung der Wiedervergeltung nicht nach England, sondern auch nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Es kann und wird diesem Lande nicht vergessen werden, es ruhigen Blutes mit ansehen konnte, daß die große Masse Bevölkerung des deutschen Reiches sich einer schweren Bedrohung und schweren Entbehrungen aussetzen mußte. Hätte sich Amerika für die Freiheit der Brotgetreideversorgung im Kriege eingesetzt, so hätte es ein weit größeres Recht, sich zum Befürworter einer Festlegung der Freiheit der Nahrungsmittelzufuhr zu machen, als es jetzt der Fall ist. Aber leider hatte die amerikanische Industrie wohl ein sehr großes Interesse daran, auf diesen Ländern zu liefern, die daran starken Bedarf hatten, während die amerikanische Landwirtschaft bei der allseitigen Weizenknappheit auf dem Weltmarkt den bisherigen Preisüberschuß zu hohen Preisen in England, Frankreich und Italien los wurde. Erst bei der kriegsmäßigen Komplikation der Nahrungsmittelzufuhr nach England zeigte sich drüben ein lebhaftes Interesse nach der „Freiheit der Meere“.

Es ist jetzt viel von der wirklichen Stimmung des amerikanischen Volkes gegenüber Deutschland die Rede. Aber es sollte auch die Frage geworfen werden, ob sich nicht im Innern der deutschen Volkswirtschaft alle jene Empörung gegen den englischen Aushungerungsplan mit einem bitteren Geschmack gegenüber demjenigen, der, welche nichts getan haben, um dem deutschen Volk die unentgeltliche Entbehrungen und Opfer zu erleichtern oder zu ersparen, liegt vielleicht in der menschlichen Natur, die Bedeutung eines Kriege, wenn es einmal gebracht und mit Erfolg gebracht worden ist, zu unterschätzen. Aber dies sollte mit der Nahrungssorgen, die durchgemacht haben, nicht der Fall sein. Dabei ist dieser Standpunkt, wie ausdrücklich betont werden soll, nicht derjenige der Gefühlseingebung. Es wird der Augenblick kommen, da wir über die weitere völkerrechtliche Ausgestaltung der U-Bootkriege beraten werden; und nach allen Mißerfolgen, die englische Politik erfolgreich vor den Angriffen der U-Boote zu schützen, wird vielleicht England für rassem finden, unter Berufung auf das amerikanische Prinzip der „Menschlichkeit“ die „Freiheit der Meere“, die bisher von England verweigert wurde, zu befürworten. Während wir in Deutschland auch in Zukunft durch eigene heimische Produktion und eine daneben hergehende Politik der Getreideversorgung Vorräte für kriegsgefährliche Zeiten treffen werden, wird England auf Grund seiner landwirtschaftlichen Verhältnisse und der großen Schwierigkeiten einer staatlichen Organisation der Getreideversorgung nach wie vor auf den Weltmarkt angewiesen sein. Daher ein starkes Interesse an einer möglichst großen Einschränkung kommender Unterseebootkriege haben. Es gilt dann, England klar zu machen, daß Deutschland in dem Weltkriege nicht die neue Waffe des Unterseebootes geschaffen und organisiert, sondern daß England durch den willkürlichen und völkerrechtlichern Ernährungsprinzipien die Bedeutung dieser Waffengattung für die deutsche Waffengattung zur See selbst gesteigert hat. Mag dann England selbst einsehen, wie unklug es war, dem deutschen Volk mit der Aushungerung zu drohen und ihm Opfer auferlegen, die das deutsche Volk letzten Endes nur noch weiter lenken konnten. Mag es mit Hilfe der Vereinigten Staaten von Amerika versuchen, die Schraube wieder zurückzudrehen! Das deutsche Volk wird als Entschädigung des von ihm gebrachten Brotverlustes verlangen können, daß die Festlegung der Rechte im U-Bootkrieg nicht den englischen, sondern seinen Bedürfnissen angepaßt wird.

Im italienischen Kriegsschauplatz. Fromme Wünsche.

Von der italienischen Grenze, 23. Juni. (Telegr.) Italienische Blätter berichten, daß gewisse Anzeichen zufolge ein Angriffsvorgehen der Österreicher gegen die Serben vorstehe; um den Besitz einer Donauinsel habe ein Kampf stattgefunden. Als weiteres Anzeichen wird das Unterbrechen des

Bahnverkehrs in Ungarn betrachtet. Offenbar sollen diese angeblichen Anzeichen Serbien veranlassen, den längst versprochenen neuen Angriff gegen Österreich endlich einzuleiten. Italienischen Meldungen zufolge erklärte der französische Marineminister am 18. die verbündete Flotte werde sorgfältig das Mittelmeer abfuchen, um die den feindlichen Unterseebooten dienenden Petroleumlager zu zerstören. Die Reinigung des Adriatischen Meeres werde der italienischen Flotte überlassen. Das Reinigen ist nie die starke Seite der Italiener gewesen, und nach den im ersten Kriegesmonat gelieferten Proben wird es ihnen schwer halten, die ihnen von den neuen Verbündeten überlassene Aufgabe im Adriatischen Meer zu erfüllen, die seinerzeit auch von dem englisch-französischen Geschwader vergebens versucht worden ist.

WTB Rom, 23. Juni. (Telegr.) Der Corriere d'Italia veröffentlicht die Rundgebung der Republik San Marino, die besagt, daß die Republik mit allen Kräften sich in den Dienst der heiligen, reinen Sache Italiens stellt. [Vgl. Nr. 629 der Kölnischen Zeitung.]

Von der schweizerischen Grenze, 23. Juni. (Telegr.) Aus Stutari meldet die Agence Havas: Am 18. Juni landete ein österreichischer Flugzeug bei Traste und flog, nachdem es die Post des österreichischen Konsulats in Stutari an Bord genommen hatte, wieder in der Richtung von Cattaro davon.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(Telegramm.)

Berlin, 23. Juni.

Am Ministertisch: Delbrück, Sydow, v. Loebell, Frhr. v. Schorlemer.

Haus und Tribünen sind gut besetzt.

Die wirtschaftlichen Fragen.

Zur Beratung stehen die Ergebnisse der zehntägigen Arbeiten der Budgetkommission über die als Antrag Brütt vorliegenden Wünsche um Ausrüstung der Regierung darüber, welche Maßregeln sie angesichts des Kriegszustandes getroffen hat und zu treffen gedenkt: 1. um die Ernährung des Heeres, der Flotte und des Volkes weiter sicher zu stellen, insbesondere mit Rücksicht auf die neue Ernte; 2. in bezug auf die Verhältnisse der Industrie, des Handels, des Handwerks und des städtischen Grundbesitzes; 3. in bezug auf die Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer; 4. in bezug auf den Wiederaufbau der Provinz Ostpreußen.

Die Kommission hat 6 Berichterstatter bestellt.

Die Volksernährung.

Der erste Berichterstatter Hoeft-Neukirchen (konf.) berichtet über diesen Teil der Kommissionsberatungen. Die Kommission hatte sich nicht so sehr mit der Vergangenheit zu befassen als mit der Sorge, wie wir für das nächste Jahr genügend Lebensmittel beschaffen könnten. Wichtig war vor allem eine Vorratslage für eine ausreichende Feldbestellung. Das wachsende Verständnis für die Ernährungsfragen, ihr Herauswachen aus dem Streit der Parteien, ist eine der erfreulichsten Erscheinungen der Zeit. Wir erkennen es dankbar an, daß ein revisionistischer Sozialdemokrat in den sozialistischen Monatsheften betont hat, daß es lediglich der Wirtschaftspolitik der Vergangenheit zu danken sei, daß wir überhaupt mit Siegesaussicht in den Krieg eintreten konnten. Das Vorgehen unserer Reichsregierung in den Ernährungsfragen gibt uns die Sicherheit, daß unser Volk bei einer noch so langen Dauer des Krieges stets genügend Lebensmittel haben wird. Wir brauchen unsere Wirtschaftszahlen vor dem Auslande nicht zu verheimlichen. Bei der Brotgetreideversorgung wünschen wir nicht eine Auflösung des bisherigen Systems, sondern eine Ausgestaltung. Jede rückwärtige Kritik über die Tätigkeit der Kriegsgetreidegesellschaft möchte ich vermeiden. Sie war ursprünglich als Privatgesellschaft gegründet worden. Ihre kaufmännischen Grundzüge wollen wir auch für die Zukunft erhalten wissen. Wir wünschen, daß die Ernährung des Volkes einschließlich des Heeres und der Marine nach folgenden Grundsätzen geregelt werde: Die Kommunalverbände sind mit weitgehender Bewegungsfreiheit als Selbstwirtschaftsverbände zuzulassen. An Stelle der Kriegsgetreidegesellschaft tritt

die Kriegsgetreidegesellschaft,

welche der Aufsicht des Reichskanzlers untersteht und einen Beirat erhält, in dem Landwirte und Verbraucher gleichmäßig vertreten sind. Es hat sich herausgestellt, daß eine Höchstpreisfestsetzung ohne Beschlagnahme nicht durchführbar ist. Die Höchstpreise für Getreide, Mehl, Brot usw. sind so zu bestimmen, daß ungerechtfertigte Gewinne vermieden werden. Mit Recht war die Kommission einstimmig der Ansicht, daß in der Zukunft nicht der Vorrat laut werden dürfte, daß irgendwelche die Kriegslage zu ungebührlichen Verdiensten ausgenützt worden sei. Deshalb ist beschlossen worden, daß die Überschüsse der mit der Lebensmittelversorgung betrauten Stellen, die sich auf Grund notwendiger vorsichtiger Geschäftsführung ergeben, dem Reiche für Zwecke der Kriegsinvalidenfürsorge zuzuführen sind. Die Kommission hat gewünscht, daß solche Überschüsse nach Möglichkeit vermieden werden und daß es keineswegs die Aufgabe dieser Organisation ist, indirekt zu bestimmen, welche Kreise der Bevölkerung zu diesen wohlthätigen Zwecken beizutragen haben.

Im ersten Kriegesjahre waren die Mehlpreise bis März von 220 M bis auf 440 M gestiegen, sie hatten sich also verdoppelt. Durch die Tätigkeit der Kriegsgetreidegesellschaft ist es gelungen, den Mehlpreis jetzt auf 320 M zu bringen. Die Neuorganisation, wie sie die Kommission vorschlägt, soll verhindern, daß noch einmal eine Spekulation plattgehen kann zugunsten einiger weniger, zum Nachteil der ganzen Nation. Die Zentraleinkaufsgesellschaft hat bedeutende Werte für die Ernährung unseres Volkes hereingebracht. Allerdings sind Klagen laut geworden, daß sie nicht genügend die Dienste des mit der Materie vertrauten Handels zunutze gemacht habe. Die Zentraleinkaufsgesellschaft zur Beschaffung der Heeresversorgung hat zunächst mit harter Hand eingreifen müssen, um das von der Armee verlangte Material an Futtermitteln für das Heer zu beschaffen. Solche Härten waren gewiß nicht zu vermeiden. Demgegenüber steht aber die Tatsache, daß es ihr gelungen ist, die ganze Versorgung durchzuführen. Daß auf je 10 000 M nur 1 M Kosten entstanden sind, das erklärt sich nicht nur daraus, daß die Leiter der Zentraleinkaufsgesellschaft ohne Gehalt gearbeitet haben, sondern auch daraus, daß sie außerordentlich zweckmäßig vorgegangen sind. Eine Schwierigkeit in unserer Kartoffelversorgung war dadurch entstanden, daß man zunächst einen Höchstpreis festgesetzt hatte, der nur etwa die Hälfte des damaligen Futterwertes der Kartoffeln für die Landwirte ausmachte. Durch die falschen Feststellungen der Bestände ist eine gewisse Beunruhigung entstanden, die zu einer falschen Maßnahme führte, nämlich zu einer viel zu weitgehenden Abschachtung der Schweine.

Dann die Pferdefrage. Es besteht die Gefahr, daß wieder auf eine zwangsweise Pferdeaushebung wie zur Friedenszeit und mit denselben Preisen zurückgegriffen wird. Die Verhältnisse haben sich aber geändert, und was dem Händler zugute kommt, das soll auch dem Pferdebesitzer recht bleiben. Aus den besetzten Gebieten müssen mehr Pferde eingeführt werden. Das gilt besonders für Belgien, aber auch für den Osten, wo ein weiteres siegreiches Vordringen unserer Heere zu erwarten ist. Hier muß eingegriffen werden, damit wir nicht nach dem Kriege vor einer Pferdenot stehen. Auch die Erhaltung der übrigen Viehbestände ist zum Teil zurückzuführen auf die überall zugleich einsetzende Nachfrage der Städte. Der Weiterausdehnung und mindestens Erhaltung unserer Schweinebestände wird die Staatsregierung ihre größte Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Der Kinderbestand ist so sogar noch vermehrt worden. Bei den späteren Maßnahmen, die hier zu treffen sind, müssen wegen der Schwierigkeit der Frage die praktischen Sachverständigen zugezogen werden. Der deutsche Landwirtschaftsrat hat eine Aufstellung der benötigten Futtermengen gegeben. Ich bin aber etwas optimistischer, weil wir ja auch aus dem Auslande noch etwas hereinbekommen werden.

Eine Großtat für unser Vaterland

hat Professor Dr. Delbrück vom Institut für Gärungsgewerbe geleistet der hochwertigsten Nährmittel durch Verwendung von Ammoniak und Zucker herstellt. Die Herstellung muß allerdings erst in ausgedehnten Werksstätten erfolgen. Die Regierung darf keine Mittel scheuen, daß dies erreicht wird. Da stehen wir nach dem Kriege allen andern Völkern gegenüber mit einem großen Vorteil da. Ebenso hat Professor Franz Lehmann in Göttingen eine Bereicherung des Strohes durch Aufschmelzung mit Äthylalkohol zustande gebracht. Das Stroh erhält dadurch einen Eiweißgehalt, der es der besten Kleie gleichstellt. Die Anhebung von Höchstpreisen ist notwendig. Mit einem Höchstpreis von 200 Prozent des Friedenspreises ist aber nichts anzufangen. Wenn nicht höhere Preise unter Zuschüssen aus der Reichskasse bewilligt werden, ist es unmöglich, das Vieh entsprechend aufzufüttern. Es ist deshalb ein Kompromißantrag vorgeschlagen worden, der zwar noch seine Schwächen haben mag, dessen Annahme aber doch die Kleieverteilung einigermaßen befriedigend regeln würde. Die kleinen Mästen dürfen bei der Herausmahlung der Kleie nicht un-